

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	21
A. Arbeitswissenschaftliche Grundlagen	27
B. Ausgangslagen der Länder für die Gestaltung von Sicherheit und Gesundheit der Lehrkräfte in Schulen.	35
I. Arbeitgeberverantwortung in der hierarchischen Schulverwaltung	37
1. Schulleitungen als dezentral Verantwortliche	38
2. Zuständigkeiten des Schulträgers und Verantwortung der Schulleitungen	39
3. Arbeitsschutzverantwortung in der hierarchisch strukturierten Schulverwaltung.....	40
II. Strukturen der Personalvertretung der Lehrkräfte in den Ländern.....	42
III. Sicherheit und Gesundheit als Gegenstand gewerkschaftlicher Aktivitäten im Schuldienst.....	44
C. Arbeitsschutzrechtliche Anforderungen an die Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	46
I. Wachsende Bedeutung des Organisationsrechts für den Arbeitsschutz	46
II. Organisationsstrukturen	52
1. Unterstützende und beratende (Expertinnen- und Experten-) Organisation nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	53
a) Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärztinnen bzw. Betriebsärzte	54

b) Betriebspraktische Unterstützungsorganisation: Sicherheitsbeauftragte nach § 22 SGB VII	62
2. Sicherheitsinformation, -kommunikation und -kooperation findet vor allem im Arbeitsschutzausschuss statt.	64
3. Organisationspflichten nach § 3 Abs. 2 ArbSchG	68
III. Arbeitsschutz als Prozess – Die Verfahren und Instrumente des Arbeitsschutzrechts	72
1. Grundlagen	72
2. Die Gefährdungsbeurteilung als Basis für eine Arbeitsschutzpolitik, die an den realen Sicherheits- und Gesundheitsproblemen anknüpft	75
a) Gesetzliche Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung und ihre Funktion	75
b) Gefährdungsbeurteilung im Schulbereich	78
3. Maßnahmen auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung planen und treffen (§ 3 Abs. 1 ArbSchG)	81
4. Durchführung der Maßnahmen (§ 3 Abs. 2 ArbSchG)	82
5. Wirksamkeitsüberprüfung und Anpassungsmaßnahmen (§ 3 Abs. 1 ArbSchG)	84
6. Arbeitsschutzrecht und Arbeitsschutz- management	86
IV. Gesundheitsförderung und Gesundheits- management	87
 D. Grundsätzliche Hemmnisse für die Rechts- durchsetzung im Bereich der öffentlichen Schulen	 91
I. Arbeits- und Gesundheitsschutz in Zeiten knapper Kassen: Der Haushaltsvorbehalt	91
1. Einheitlichkeit des Arbeitsschutzrechts – Anwendbarkeit auch im Öffentlichen Dienst	92
2. Arbeitsschutzrechtliche Pflicht des Arbeitgebers, die erforderlichen Mittel für den Arbeits- und Gesundheitsschutz bereitzustellen	93
3. Konfliktlage zwischen der Pflicht, die erforderlichen Mittel für den Arbeitsschutz bereitzustellen und dem Haushaltsrecht?	94

II.	Probleme der Rechtsdurchsetzung durch die Zuständigkeitsteilung von Schulhoheitsträgern und Schulträgern.....	97
1.	Beispiele arbeitsteiliger Erfüllung von Arbeitsschutzpflichten	99
2.	Primäre Arbeitsschutzverantwortung des Arbeitgebers/Dienstherrn.....	100
3.	Modifizierung der Arbeitsschutzverantwortung durch das Schulorganisationsrecht?	101
E.	Beteiligung und Mitbestimmung der Interessenvertretungen im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz	105
I.	Beteiligung im Arbeits- und Gesundheitsschutz – Funktionen und unionsrechtlicher Hintergrund	105
II.	Erlangen von Informationsmacht	108
1.	Allgemeiner Informationsanspruch	109
2.	Spezielle Informationsrechte für den Arbeits- und Gesundheitsschutz.	110
a)	Verdeutlichung der allgemeinen Informations- rechte durch § 68 BPersVG	111
b)	Unmittelbare Information durch Teilnahmerechte.	111
3.	Sonderprobleme im Schulbereich, vor allem bei Begehungen und Besichtigungen	112
4.	Differenzierungen zwischen den Beteiligungsrechten in den Bundesländern	116
III.	Mitbestimmungsrechte.	117
1.	Überblick.	117
2.	Grenzen der Mitbestimmung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.	120
a)	»Volle Mitbestimmung«	121
b)	Eingeschränkte Mitbestimmung	123
3.	Sachmaßnahmen	124
4.	Prozesse und Verfahren: Insbesondere Mitbestimmung bei Gefährdungsbeurteilungen i. S. v. § 5 ArbSchG	126
a)	Mitbestimmung bei Maßnahmen zum Gesundheitsschutz.	127
b)	Grundsätze des behördlichen Gesundheits- und Eingliederungsmanagements.	130

5.	Organisatorische Aspekte	131
6.	Bedeutung spezieller Mitbestimmungsrechte über die Bestellung und Abberufung von Funktionsträgern des Arbeits- und Gesundheitsschutzes	133
IV.	Stufenvertretungen	135
F.	Exemplarische aktuelle Handlungsfelder	139
I.	Mängel in der Arbeitsorganisation als Faktor psychischer Belastungen (z. B. Arbeitszeitgestaltung, soziale Beziehungen, Qualifizierung)	139
II.	Aufbau der Arbeitsschutzorganisation	145
1.	Die Strukturen der Fachkräfte für Arbeits- sicherheit und der Betriebsärztinnen bzw. Betriebsärzte klären, diese bestellen und deren Aufgaben regeln	146
2.	Sicherheitsbeauftragte bestellen.	150
3.	Arbeitsschutzausschüsse: Foren der Kommunikation und Kooperation	151
III.	Gefährdungsbeurteilung	154
IV.	Lärm in der Schule	156
V.	Mängel der »Arbeitsstätte Schule«	158
VI.	Gefahrstoffe/Immissionen und Infektionen im Gebäude	161
VII.	Gewalt und Belästigung in der Schule	165
VIII.	Betriebliches Eingliederungsmanagement gemäß § 167 Abs. 2 SGB IX (BEM)	168
1.	BEM als Verfahrenspflicht und Element des betrieblichen Gesundheitsmanagements	169
2.	Grundsätze des BEM-Verfahrens	170
a)	Initiativlast des Arbeitgebers/Dienstherrn.	171
b)	Ausgestaltung des Suchprozesses	171
c)	Vernetzung	173
d)	Selbstbestimmung und Schutz des Persönlich- keitsrechts	174
e)	Organisationspflicht und Standards der Kooperation im BEM	175
3.	BEM und Mitbestimmung des Personalrats	176
IX.	Suchtprävention und Suchthilfe	177
1.	Suchtprävention als Element des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)	177

2.	Bedeutung von Dienstvereinbarungen zur Suchtprävention und Suchthilfe.....	178
3.	Inhalte von Dienstvereinbarungen zur Suchtprävention und Suchthilfe.....	179
G.	Zusammenfassung und weiterführende Perspektiven ...	181